

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/98

Hannover, 26. November 1947

Freundschaftsbesuch in Skandinavien

Die Delegation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist von ihrem Besuch nach Schweden und Norwegen zurückgekehrt. Die Sozialdemokratische Partei Schwedens hatte die deutsche Partei zu diesem Besuch eingeladen und die Delegation wurde sowohl in Stockholm als auch in Oslo sehr herzlich aufgenommen. Das Interesse in der Öffentlichkeit an diesem Besuch war sehr groß. Schon während eines kurzen Zwischenaufenthalts auf dem Flugplatz in Kopenhagen wurde die Delegation, die aus dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher, aus dem stellvertretenden Vorsitzenden, Erich Oflenhauer und aus dem Vorsitzenden des Berliner Bezirksverbandes der SPD, Franz Neumann, bestand, von einer größeren Anzahl dänischer Journalisten erwartet, denen Dr. Schumacher ein Interview gab. Am ersten Tag des Stockholmer Aufenthaltes fand eine mehr als zweistündige Pressakonferenz statt, die die größte Pressekonferenz war, die seit langer Zeit in Stockholm durchgeführt wurde. Das Programm des fünftägigen Aufenthaltes in Stockholm war sehr umfangreich. Die Delegation hatte Gelegenheit zu ausführlichen Unterhaltungen mit maßgebenden Mitgliedern der schwedischen Regierung und den Leitungen der schwedischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Kurt Schumacher sprach in einer Versammlung, die die wissenschaftliche Zeitschrift der schwedischen Partei "Tiden" einberufen hatte, über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur gegenwärtigen Situation in Deutschland und Europa. Außerdem fand eine sehr stark besuchte Versammlung der Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Schweden statt. Dazu kamen viele Einzelbesprechungen und weitere Vorträge von Dr. Schumacher vor anderen Gremien, wie z.B. im Nationalökonomischen Club und vor der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Stockholm. Während des Aufenthaltes in Stockholm nahm der Kopenhagener Rundfunk eine Rundfunkansprache Dr. Schumachers auf, die am gleichen Tage auszugsweise auch durch den schwedischen Rundfunk verbreitet wurde.

Während des Aufenthaltes in Oslo war wiederum Gelegenheit zu einer engen und freundschaftlichen Eühlungnahme mit Mitgliedern der norwegischen Regierung und mit den leitenden Vertretern der norwegischen Arbeiterbewegung gegeben. Dr. Kurt Schumacher sprach in einer öffentlichen Versammlung, die von der Parteiorganisation in Oslo einberufen war. Im Osloer Rundfunk kam Dr. Schumacher durch ein Interview vor dem Mikrophon zu Wort. Den Abschluß der Reise bildete eine Versammlung in Göteborg.

Der Besuch hatte die Aufgabe, die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen der sozialdemokratischen Bewegung in Skandinavien und der deutschen Sozialdemokratie zu festigen und eine persönliche gegenseitige Information über die aktuellen politischen Fragen zu ermöglichen. Dieser Zweck wurde in vollem Umfang erreicht. Alle Unterhaltungen verliefen im freundschaftlichsten Geist. Außerdem hat das wiederholte öffentliche Auftreten Dr. Schumachers sicher dazu beigetragen, das Verständnis für die gegenwärtige schwierige Situation des deutschen Volkes zu stärken und die Erkenntnisse über die Ziele und die politische Aktivität der deutschen Sozialdemokraten für den Aufbau eines neuen Deutschlands im Rahmen eines friedlichen und demokratischen Europas zu erweitern.

So hatte auch dieser Besuch, der als ein Freundschaftsbesuch zwischen den sozialdemokratischen Parteien gedacht war, dazu beigetragen, die Empfindungen gegenüber dem deutschen Volk im Ausland, die durch die Verbrechen der Hitler-Diktatur auf das schwerste betroffen wurden, freundlicher zu gestalten.

In Deutschland scheint es leider heute Menschen zu geben, die diese Aktivität deutscher Sozialdemokraten im Ausland, die dem ganzen deutschen Volk zugute kommt, nur unter ihrem engen parteipolitischen oder reaktionären und nationalistischen Standpunkt zu sehen vermögen und die sich nicht scheuen, ihre Möglichkeiten der Beeinflussung der öffentlichen Meinung in diesem Sinne zu benutzen. Das gilt zum Beispiel für die Art, in der der Nordwestdeutsche Rundfunk über die Versammlung Dr. Schumachers in Oslo berichtet hat. Als Dr. Schumacher in seinem Osloer Vortrag die Kommunisten die Quislinge Europas nannte, gab es bei einigen Zuhörern Unruhe und Pfiffe. Niemand unter den Teilnehmern der Versammlung hatte das Gefühl, als läge hier eine peinliche Demonstration gegen den Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie oder gegen die Deutschen vor. Der Bericht des Nordwestdeutschen Rundfunks mußte dagegen einen solchen Eindruck erwecken. Es genügt, die Tatsachen gegenüberzustellen. B.O.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-Berichtigung-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

In unserer Ausgabe Nr.97 von 24. ds. Mts., Seite 1, letzter Absatz, hat sich ein sinnstörender Tippfehler eingeschlichen. Es heißt darin "...daß dieses Bekenntnis auffrichtig war". Richtig soll es heißen: "...daß dieses Bekenntnis unauffrichtig war". Wir bitten, diese Korrektur vorzunehmen und das Versehen zu entschuldigen.

-o-

Die 17. Nation im Marshall-Plan

Von S. Aufhäuser-New York

Als im Juli ds. Js. west- und nord-europäische Nationen zur Pariser Konferenz über den Marshall-Plan zusammengetreten waren, blieb es Deutschland versagt, daran teilzunehmen. Heute ist es in den Vereinigten Staaten zu einer Binsenweisheit geworden, daß Deutschland den entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau Europas leisten muß. Staatssekretär Marshall sagte vor dem Senatsausschuß: "In Wirklichkeit ist Deutschland oder eher Westdeutschland die 17. Nation im europäischen Erholungsprogramm". Wenn der Außenminister neben den etwa 18 Milliarden Dollar, die den 16 Mitgliedsstaaten der Pariser Konferenz bewilligt werden sollen, gleichzeitig zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft eine Milliarde jährlich angefordert hat, so war damit eine Antwort an die französische Regierung gegeben, die eine Priorität im Wiederaufbau vor Deutschland verlangt hatte. In dem Bericht des Harriman-Komitees, das die wichtigste Vorarbeit für die Parlamentsberatung geleistet hat, heißt es: "Kein Teil der Wirtschaftshilfe, wie sie die Pariser Konferenz verlangt, ist grundlegend notwendiger für die Erholung Westeuropas, als die Hilfe für den Wiederaufbau der deutschen Industrie und Landwirtschaft und des deutschen Verkehrs. Westdeutschland ist jetzt das meist desorganisierte Gebiet in Westeuropa... seine Situation verlangt nach radikalen Reformen". In einer Kritik der bisher befolgten Deutschland-Politik bezeichnete John Foster Dulles, einer der führenden Parlamentarier für Wirtschaftspolitik, die verhinderte Rekonstruktion an der Ruhr als eine Torheit, "die nicht nur 70 Mill. Deutsche, sondern 200 Millionen befreundeter Völker von Westeuropa zur wirtschaftlichen Verarmung verurteilt hat".

Im Zusammenhang mit der Diskussion über den Marshall-Plan ist auch die Demontageliste kritisiert worden. Die "New York Times" verweist darauf, daß seit dem Potsdamer Abkommen mehr als acht Millionen Flüchtlinge von der Westzone aufgenommen werden mußten, während sie von ihrem früheren Brotkorb im Osten abgeschnitten wurde und deshalb heute weit mehr produzieren und exportieren muß, als im ursprünglichen Industrieplan vorgesehen war. "Laßt die Betriebe stehen und arbeiten".

Drei Tage nach dieser Mahnung erschien eine volkswirtschaftlich wohl fundierte Kundgebung von vierzig hervorragenden amerikanischen Wissenschaftlern und Wirtschaftsführern unter der Überschrift "Vertagung der Demontage liegt in unserem Interesse". In eingehenden Darlegungen wird diese erneute Entindustrialisierungs-Aktion als im Gegensatz zu den Interessen der Vereinigten Staaten stehend erklärt. "Es ist unsere Überzeugung, daß es unseren Interessen am besten dienen würde, wenn die Abmontierung auf unbestimmte Zeit vertagt werden könnte und die Maschinen solcher Betriebe zeitweise als potentieller Überschuß zu späterer Übersicht und Klassifizierung erklärt werden würden. Damit würde die Kontinuität unserer Politik gewahrt und der nicht wiedergutzumachende Schaden, physiologischer und psychologischer Art wäre in unserem vitalsten Interesse noch vermieden".

In all diesen Äußerungen wird auch betont, daß den zu Reparationsansprüchen berechtigten Ländern nicht damit gedient sein kann,

der deutschen Wirtschaft die Voraussetzungen zu den Wiedergutmachungsleistungen zu entziehen. Nicht minder deutlich wird betont, daß der Erfolg des Marshall-Plans vom Wiederaufbau der deutschen industriellen Produktion abhängt. Es wird auch zugegeben, daß die Folgen einer zweijährigen Fehlleitung nur schwer wieder gutzumachen sind. Aber die Erkenntnis, daß die 16 Nationen der Pariser Konferenz ohne die 17. Nation an Rhein und Ruhr nicht gedeihen können, beherrscht die große Debatte über den Wiederaufbau Europas in Washington. Die Durchbruchsschlacht der politischen Vernunft ist von Amerika im November 1947 geschlagen worden, es ist nur noch notwendig, daß die maßgebenden Faktoren daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Stalin gegen nationale Unterdrückung

K. Die Sieger des zweiten Weltkrieges haben den kleinen und letztlich auch den besiegten Staaten einen Zustand der Freiheit und Rechtllichkeit zu sichern. Dieser Zustand ist gleichzeitig die Voraussetzung eines internationalen Friedens überhaupt. Unfreie Nationen waren und sind immer Ausgangspunkte irredentistischer und chauvinistischer Bestrebungen. So sonderbar es klingt, aber die ersten verantwortlichen Politiker, die diese Grundsätze formulierten und für sie eintraten waren die Bolschewiki, die russischen Kommunisten unter Lenins Führung. Am 24. April 1917 wurde die VII. Konferenz der Bolschewiki eröffnet. Auf dieser Konferenz spielte die nationale Frage und die Gleichberechtigung aller Nationen angesichts des sich dem Ende zuneigenden Weltkrieges I eine gewaltige Rolle. Im Verlag der sowjetischen Militärverwaltung, Berlin, erschien 1946 ein Buch "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)", in dem unter Redaktion einer kommunistischen Kommission des Zentralkomitees der KPdSU der damalige Standpunkt Lenins und der Bolschewiki aufgezeigt wird. Da heißt es u.a. (Seite 229): "Lenin und Stalin hatten schon vor der Revolution die Grundlagen der Politik der bolschewistischen Partei in der nationalen Frage ausgearbeitet. Lenin und Stalin legten dar, daß die proletarische Partei die unterdrückten Völker unterstützen muß. In Verbindung damit verfocht die bolschewistische Partei das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten. Diesen Standpunkt vertrat auf der Konferenz der Referent des Zentralkomitees, Genosse Stalin".

Wie würde sich Lenin, wie würde sich die ganze Garde der alten Bolschewiki, die mit Geduld und zweifellos auch mit staatspolitischer Klugheit das Riesenreich der UdSSR aufbauten, heute verhalten? Damals jedenfalls wurde in der Resolution gefordert: "Soweit die Beseitigung der nationalen Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft erreichbar ist, ist sie nur möglich bei einer konsequent-demokratischen republikanischen Staatsordnung und Staatsverwaltung, die die völlige Gleichberechtigung aller Nationen und Sprachen sichert".

Wir sind überzeugt davon, daß dies eine Sprache ist, die auch heute, besonders östlich der Elbe, viele Nationen gern sprechen würden. Die Finnen, die Ungarn, die Polen, die Griechen und nicht zuletzt auch die Deutschen, vor allen Dingen jene aus den Ostgebieten,

würden wahrscheinlich mit Freuden diese Forderung der Bolschewiki unterschreiben. Wenn man den Schlußsatz dieses Kapitels über die April-Konferenz der Bolschewiki in o.a. Buch liest, so fragt man sich: Wie würde sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion heute zu diesen ewig gültigen und wahrhaftig menschlichen Grundsätzen verhalten, die ihr großer Lehrmeister Lenin 1917 aufstellte? "Damals jedenfalls", so heißt es in diesem Schlußsatz, "stellte sich die Konferenz einmütig hinter Lenin und bezog in allen wichtigen Fragen eine klare Stellung".

Für den Mitteleuropäer von heute ist dieses Buch wahrhaftig eine Fundgrube an Material. Freilich, zwischen den Theorien von 1917 und der Praxis von 1947 liegen 30 Jahre...

Niedersachsen und der "Kartoffelkrieg"

R.B. Der Direktor des Zweizonenamtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Schlange-Schöningen, und der Wirtschaftsrat haben es in der letzten Zeit nicht an Erklärungen mangeln lassen, aus denen die Bevölkerung entnehmen sollte, Niedersachsen habe partikularistische Neigungen und im übrigen dazu beigetragen, daß die Kartoffelversorgung der Bi-Zone so unzureichend ist. Hierzu gab es nicht niedersächsische Äußerungen, die, so scheint es, im wesentlichen an den Tatsachen vorbeigehen.

Am 15. August gab die Zweizonenverwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dem Lande Niedersachsen auf, zwei Zentner Einkellerungskartoffeln zu verteilen. Daraufhin erhielten die Bauern die Erlaubnis, diese Kartoffeln sofort auszugeben. Am 3. September erhielt das Niedersächsische Ministerium für Ernährung jedoch die Anweisung "bis zur endgültigen Festlegung" nur einen Zentner auszugeben. Zu diesem Zeitpunkt war aber die Einkellerungsaktion bereits im besten Gange. In einer Kabinettsitzung am 20.9. glaubte keiner der anwesenden niedersächsischen Minister, die Verantwortung für diesen neuen Befehl aus Frankfurt gegenüber der Bevölkerung tragen zu können und so beschloß man, es bei der alten Verordnung bewenden zu lassen.

In Niedersachsen ist sich niemand im klaren, ob die bevorstehende Kürzung von zwei kg Brot pro Zuteilungsperiode als eine Repressalie für einen Fehler gilt, der in Frankfurt gemacht wurde, oder ob es sich um einen Ausgleich handelt, den die Gerechtigkeit verlangt. Der Ministerpräsident des Landes erklärte mehrmals, er sei durchaus einverstanden, wenn der Kalorienwert eines Zentners Kartoffeln auf einem anderen Gebiete abgezogen würde. Es ist verständlich, wenn in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit betont wird, die Kalorienmengen, die den Bevölkerungen der einzelnen Länder zur Verfügung stehen, geprüft werden. Es würde sich hierbei möglicherweise herausstellen, daß Niedersachsen, selbst unter Berücksichtigung des mehr ausgegebenen Zentners Kartoffeln, nicht die Kalorienmengen mancher anderer Länder erreicht.

Von dem Kartoffelwirtschaftsverband Hannover liegen Zahlen vor, aus denen der Eindruck gewonnen wird, daß die bizonale Verwaltungsstelle Niedersachsen mehrfach recht widersprechende Anordnungen erteilte und daß bis heute nicht einmal das Auslieferungs-Soll feststeht. Am 1.10. bekam Niedersachsen eine Auflage von 1 066 600 t, am 1.11. waren es 1 739 000 t und heute wird eine Zahl von

1 669 t genannt. Bis zum 15.11. hat Niedersachsen 731 000 t übergebietliche Lieferungen erfüllt, was einer Mehrlieferung von 50 000 t gegenüber dem Erntejahr 1946/47 entspricht, wobei die "schwarz" aus Niedersachsen herausgegangenen Kartoffeln von vielleicht 150 000 t nicht berücksichtigt sind.

So bedauerlich es ist, daß hier ein Land in einem Gegensatz zu den unitären Einrichtungen der Bizone kam, so verlangt es jedoch die Gerechtigkeit, festzustellen, daß dies nicht allein auf das Konto Niedersachsens zu schreiben ist. Man hat vielmehr den Eindruck, daß hier eine politische Überlegung maßgebend ist, die sich nach den Äußerungen niedersächsischer Politiker etwa folgendermaßen darstellt: Schlange-Schönningh hat durch übereilte Äußerungen einen Optimismus geweckt, der ihm von verschiedenen Ländern eine wirkungsvolle Kritik einbrachte. Nunmehr wolle man, nach dem Prinzip "Haltet den Dieb", Niedersachsen für die Mißstände in der bizonalen Ernährung verantwortlich machen, indem man den Vorgang zu einer grundsätzlichen Frage aufbauscht. Hätte Schlange-Schönningh mit seinen propagandistischen Erklärungen Erfolg, so würde Niedersachsen in dem Urteil der anderen Deutschen als das Land gelten, das für die schlechte Ernährung des Winters verantwortlich ist. Und dies dürfte den Tatsachen kaum entsprechen.

Hitler wollte Holländer deportieren

v. S. Amsterdam, im November

Das holländische Reichsarchiv für Kriegsdokumente ist in den Besitz eines Schreibens gelangt, wodurch einwandfrei bestätigt wird, daß Hitler die Absicht hatte, einen großen Teil des holländischen Volkes nach Polen zu deportieren. Im Gefängnis von Landsberg in Bayern hat Dr. K. V. Swart, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des holländischen Reichsarchivs für Kriegsdokumente, den ehemaligen Sekretär Himmlers, Rudolf Brandt, verhört. Brandt ist bekanntlich von einem amerikanischen Gericht zum Tode verurteilt worden und wartet nun im Gefängnis von Landsberg (wo auch Hitler 1923 gefangen saß) auf die Vollstreckung des Urteils. Er galt seinerzeit als "Champion-Stenograph" von Deutschland und wurde aus diesen Grunde Himmlers Sekretär.

Brandt erklärte u. a., sich an einen Brief Bormanns an Himmler erinnern zu können, der die Frage der Deportation eines großen Teiles des holländischen Volkes zum Inhalt hatte. Er wußte nicht mehr genau, ob es sich um fünf-, sieben oder acht Millionen Holländer gehandelt hätte, jedenfalls aber habe ein Plan bestanden, mehrere Millionen holländischer Männer, Frauen, Kinder und Greise in Polen zwischen Weichsel und Bug mit der Hauptstadt Lublin anzusiedeln. Alte Menschen und Kinder sollten mit der Bahn und Autobussen transportiert werden, während man junge Frauen und Männer zwingen wollte, den Weg nach Polen zu Fuß zurückzulegen. Die Aktion sollte an Hitlers Geburtstag, am 20. April 1941, beginnen und innerhalb eines Jahres durchgeführt werden. Nach dem Auszug der Holländer sollte Holland die erste SS-Provinz des Dritten Reiches mit der Hauptstadt Utrecht werden. Abschließend erklärte Brandt, daß der Plan zweifellos von Hitler selbst ausgegangen sei. Wahrscheinlich haben die Kriegsvorbereitungen gegen Rußland dies unausführbar gemacht.